

VVN/BdA

## Zum Jahrestag der Pogromnacht vom 9. November 1938

### Zuerst brannten die Synagogen - dann brannten Menschen

Die Pogromnacht vom 9. auf den 10. November 1938 markiert den Übergang von der schrittweisen gesellschaftlichen Ausgrenzung und Stigmatisierung des jüdischen Bevölkerungsanteils als „fremd“ zur Vernichtungspolitik der Shoa.



Ob jemand tatsächlich jüdischen Glaubens war, ist dabei ganz nebensächlich; entscheidend war, daß sich Juden unter seinen Vorfahren befanden, um ihm - anders als den Nachfahren französischer Hugenotten, schweizerischer Calvinisten, polnischer Bergarbeiter und aller anderen im Laufe der Jahrhunderte ins ehemalige „Germanengebiet“ Eingewanderten - das Bürgerrecht in Deutschland abzusprechen. Weder herausragende Beiträge zu Deutschlands Ruf als „Land der Dichter und Denker“ noch das Ritterkreuz machen einen Deutschen aus, sondern das „Blut“ der Ahnen.

So absurd ist diese Behauptung, daß man die „Juden“ mit gelben Sternen als solche kennzeichnen mußte, um sie von der „Volksgemeinschaft“ zu unterscheiden. So allgemein verbreitet war jedoch auch der Antisemitismus, daß es nur wenige gab, die den Nachbarn, die Kollegin, den Arzt, den Krämer an der Ecke, die Schülerin, den Kommilitonen zu schützen bereit waren.

Jüdinnen und Juden verschwanden schon ab 1933 aus dem öffentlichen Dienst, aus der Reichswehr, aus freien Berufen, aus Schulen, von Universitäten und aus ihren Wohnungen, wurden entlassen, mußten die Lehre abbrechen. Sie wurden ausgeschlossen von Theater, Konzert, Kinobesuch, aus dem Sportverein und von sozialer Fürsorge und ärztlicher Versorgung.

In weniger als 6 Jahren waren aus konservativen und sozialistischen, religiösen und atheistischen, bürgerlichen und proletarischen deutschen Staatsangehörigen, aus Deutschnationalen und AntifaschistInnen, die den Nazis schon in den zwanziger Jahren entgegengetreten waren, aus Arbeitern und Unternehmern, Sportlern und KünstlerInnen „die Juden“, die anderen, für die in Deutschland kein Platz mehr ist, geworden.

Der systematischen Entrechtung und dem Ausschluß aus dem allgemeinen gesellschaftlichen Leben folgten Deportation und Vernichtung. Die nahezu totale Trennung der „Juden“ vom Rest der Bevölkerung machte es der „Volksgemeinschaft“ - soweit sie nicht aktiv am Holocaust beteiligt war - leicht, wegzuschauen.

Die Zuordnung von Menschen zu einer Gruppe, die sie sich nicht aussuchen können, die keine Veränderungen zuläßt, die an äußeren Merkmalen festgemacht wird und in der der einzelne Mensch zuletzt überhaupt nicht mehr als - von allen anderen lebenden Menschen in vielem unterscheidbare - Personen wahrnehmbar ist, bildet die Grundlage rassistischer Ausgrenzung, Diskriminierung und Gewalt.

Heute sind „die Ausländer“ so eine Gruppe, die folgerichtig - auch wenn die Mehrzahl schon vor mehr als 30 Jahren als dringend benötigte Arbeitskräfte in die Bundesrepublik gekommen oder als deren Kinder und Enkel hier geboren sind - einem Sondergesetz unterworfen sind, das ihre Rechte in vieler Hinsicht einschränkt.

Menschen, denen täglich mitgeteilt wird, wie unerwünscht sie sind, ja, dass es sie eigentlich gar nicht gibt: „Deutschland ist kein Einwanderungsland“ obwohl ca. 8% der bundesdeutschen Bevölkerung Einwanderer sind, die auf diese Weise aber von jeder politischen Vertretung ausgeschlossen bleiben.

„Ausländer“ sind häufiger arbeitslos. Wenn sie arbeiten, haben sie die miesesten Jobs. Sie haben die schlechtesten Wohnungen. Die Jugendlichen haben die schlechtesten Karten fürs Leben. Ihre Interessen muss keiner auf seine Fahnen schreiben, der Wählerstimmen gewinnen will. Im Gegenteil: zunehmend werden Wahlkämpfe gegen sie geführt. „Ausländer“ müssen sich gefallen lassen, daß die allgemeine Lebensunsicherheit ständig zunimmt, eine behauptete „Ausländerkriminalität“ als Ursache eines gravierenden Mangels an „innerer Sicherheit“ ausmachen. Damit wird der Teil der Bevölkerung, der selbst am meisten unter Mangel an Sicherheit leidet, zur Ursache des Problems erklärt. Es ist die Umkehrung von Ursache und Wirkung, statt die Armut der Armen zu bekämpfen.

International operierende Banden, deren Mitglieder sich nur so lange in Deutschland aufhalten, wie sie brauchen, um einen Auftrag auszuführen, werden durch law-and-order Politik mit Sicherheit nicht zu beeindrucken sein, sicher aber der deutsche Stammtisch oder die bekannten „Einzeltäter“, die das tun, was natürlich kein Politiker mit seinem Geschwätz beabsichtigt hatte, wenn er vor rauchenden Trümmern steht.

Es ist kein Zufall, daß sich die rassistische Gewalt vorwiegend gegen diejenigen „Ausländer“ richtet, die in besonderer Weise rechtlich und sozial ausgegrenzt und diskriminiert sind: Flüchtlinge, die „Asylanten“, viele davon zunehmend als „Illegale“ kriminalisiert.

### ***Wir meinen:***

Erinnern an die Pogromnacht von 1938, heißt auch zu fragen, wie es dazu kommen konnte.

Die weitgehende gesellschaftliche Zustimmung zu Ausgrenzung, Diskriminierung, Entrechtung von Menschen, die nur noch als „die Juden“ wahrgenommen wurden, war die Voraussetzung für diese Nacht des organisierten Terrors, der brennenden Synagogen und die folgende Shoa.

### ***Wir meinen:***

Die heute zu beobachtende weitgehende gesellschaftliche Zustimmung zur Ausgrenzung, Diskriminierung und Entrechtung von Menschen, die nur als „die Ausländer“ wahrgenommen werden, ist die Voraussetzung für brennende Häuser und Menschen.

### ***Wir meinen:***

Politiker, die demagogische Wahlkämpfe um „innere Sicherheit“ und „Ausländerkriminalität“ führen, bereiten den Boden für rassistische und faschistische Gewalt.

### ***Wir meinen auch:***

Das zunehmende Auftreten antisemitischer Äußerung von Politikern und im öffentlichen Dienst Beschäftigter kann nicht dazu führen, dass nach dem Rücktritt oder der fristlosen Kündigung der Steuerzahler Pensionsansprüche für diese Personen übernimmt.